

---



---

## Taiwan

---



---

### 39 Präsident Chen scheitert mit Indonesienreise

Am 14. Dezember bestritt ein Sprecher von Präsident Chen noch kategorisch, was eine indonesische Zeitung gemeldet hatte: Das taiwanische Staatsoberhaupt plane eine private Indonesienreise. Einen Tag später verlautete aus dem Präsidentenpalast anderes: Chen Shui-bian habe den Plan für einen Besuch auf Java aufgegeben. Der indonesischen Zeitung zufolge wollte der Präsident mit einer 90-köpfigen Gruppe von Geschäftsleuten nach Yogyakarta reisen und den dortigen Gouverneur, Sultan Hamengkubuwono, treffen. Später wurde bekannt, dass es sich um einen eintägigen Kurzbesuch am 17. Dezember hätte handeln sollen; dabei sollte die Einreise über Bali erfolgen.

Erwartungsgemäß löste die Nachricht sofort (noch am 14. Dezember) auf chinesischer Seite diplomatische Aktivitäten aus: Beijing warnte die indonesische Regierung, durch eine Einreisegenehmigung für Chen die beiderseitigen Beziehungen zu belasten. Jakarta unterhält mit Beijing diplomatische Beziehungen und unterstützt offiziell die Beijinger Ein-China-Doktrin.

Vermutlich hätte sich Indonesien auf eine Einreise Präsident Chens eingelassen, wenn diese bis dahin geheim geblieben wäre. Hierfür spricht die Aussage eines Regierungsvertreters, wonach die Regierung die Möglichkeit von Einreisen für persönliche oder touristische Zwecke nicht ausschließen könne, da Indonesien persönliche Kontakte mit „Chinesisch-Taipei“ nicht behindere. Tatsächlich war es erst vor wenigen Monaten Vizepräsidentin Annette Lü gelungen, sogar die Hauptstadt Jakarta zu besuchen, wo man es mit der Ein-China-Doktrin wohl nicht ganz so streng nimmt, wie Beijing es gern hätte, vorausgesetzt, die eigene Großzügigkeit wird nicht vorzeitig öffentlich bekannt. (Vgl. C.a., 2002/8, Ü 44) So gesehen, war es in erster Linie der Pressebe-

richt, der Chens Plan vereitelte. Dass die Presse von der Reise Wind erhielt, geht wiederum auf ein Leck in Kreisen der indonesischen Regierung zurück, wie ein Sprecher des Präsidenten, der zur Vorbereitung der Reise in Indonesien gewesen war, enthüllte.

In der Folge kam es schließlich zu einer Verstimmung zwischen Taipei und Jakarta: Das indonesische Außenministerium erklärte: Präsident Chen sei in Indonesien nicht willkommen. Ihm werde keine Einreise gewährt, einerlei aus welchen Gründen er dies wolle, und man habe „aus der Vergangenheit gelernt, dass Taiwans Führer oft politischen Vorteil aus privaten Besuchen an indonesischen Urlaubsorten“ zögen – eine Anspielung auf die Trickserien von Vizepräsidentin Lü im August. Das taiwanische Außenministerium legte daraufhin Protest bei der indonesischen Regierung ein: Die Äußerungen seien „unfreundlich, unangemessen und unpassend“. Die Oppositionsparteien forderten Chen sogar zu Sanktionen gegen Indonesien auf, beispielsweise eine Einstellung der Flüssiggaseinfuhren aus Indonesien.

Die unglückliche Affäre illustriert zum einen erneut Taiwans schwierige außenpolitische Lage: Zwar arbeiten nahezu 100.000 Indonesier in Taiwan und stützen mit Geldüberweisungen von jährlich 24 Mrd. NT\$ (ca. 650 Mio. Euro) die dortige Wirtschaft, zudem haben taiwanische Unternehmen in Indonesien Investitionen von etwa 17 Mrd. Euro getätigt, und über 200.000 Taiwaner wählen Indonesien – vor allem Bali – jährlich als Urlaubsreiseziel. Gleichwohl sind für Taiwan direkte offizielle Kontakte tabu. Zum anderen jedoch war das Vorgehen des Präsidenten nicht eben von Weisheit geprägt: Die Heimlichtuerei mit falschen Dementis lässt fragen, was offizielle Erklärungen in solchen Sachen überhaupt wert sind; schwerer wog, dass man die indonesische Regierung gegenüber China mehr oder weniger deutlich desavouierte, und die intendierte Trickserie nach dem Vorbild der Reise von Annette Lü ist eines Staatsoberhauptes unwürdig. Wieder einmal ging es wohl in erster Linie darum, Beijing ein Schnipchen zu schlagen. Der Schuss ging allerdings nach hinten los: Beijing wur-

de Genugtuung verschafft, und das Verhältnis zur indonesischen Regierung (in der es gegenüber Taiwan offenbar widersprüchliche Strömungen gibt) wurde beschädigt. Die Regierung eines Landes, das wie Taiwan auf der diplomatischen Ebene elementar auf persönliches Wohlwollen angewiesen ist, sollte sich derartiger Eskapaden besser enthalten. Außerdem scheint es Taiwan an Diplomaten zu mangeln, die die Auswirkungen solch ungeschickter „Feriendiplomatie“ einschätzen und ihre Regierung entsprechend warnen können. (CNAT, nach BBC PF, 14.12., 15.12., 17.12., 18.12.02; CNAT, nach BBC EF, 17.12.02; Xinhua, nach BBC PF, 14.12.02; TT, 15.12., 16.12.02; ST, 17.12., 19.12.02; SCMP, 18.12.02) -hws-

### 40 Beziehungen zu Südkorea: Anzeichen für Besserung

Gleich zwei gute Meldungen hielt der Dezember im Hinblick auf Taiwans Verhältnis zu Südkorea bereit: Erstens gewann dort mit Roh Moo-hyun ein Oppositionspolitiker die Präsidentenwahlen, der angekündigt hat, sich für die Wiederaufnahme des Linienflugverkehrs zwischen beiden Ländern einsetzen zu wollen, und zweitens wurde erstmals seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1992 überhaupt wieder so etwas wie ein regelmäßiger Flugverkehr aufgenommen, und zwar mit mehreren wöchentlichen Charterflügen, die vor allem taiwanische Wintersportler in die koreanischen Schneegebiete beim Flughafen Yangyang bringen. Dieser Service, der am 22. Dezember begann, wird allerdings am 18. Februar 2003 wieder enden. Unterdessen – und zwar vom 20. Dezember bis zum 21. Februar – fliegt Korean Airlines von Incheon nach Taipei.

Bemühungen, den abgebrochenen Luftverkehr zwischen den beiden ehemaligen Verbündeten wieder zu beleben, gibt es schon lange, und beide Seiten haben ein Interesse daran: Korea hofft auf mehr Touristen aus Taiwan, das vor 1992 die drittgrößte Quelle im koreanischen Fremdenverkehr stellte, und das diplomatisch isolierte Taiwan freut sich ohnehin über jeden zwischenstaatlichen Ver-

trag, den es mit einem nichtverbündeten Staat unterzeichnen kann. Hierin allerdings hakte es auch bislang: Südkorea war mit Rücksicht auf seinen Nachbarn China, dessen Wohlwollen im Hinblick auf den schwierigen Umgang mit Nordkorea wichtig ist, nicht bereit, Taiwans Eigenständigkeit anzuerkennen. Die Charterflüge finden nun ohne ein Luftverkehrsabkommen statt, nachdem jede Seite für sich Anträge der Luftverkehrsgesellschaften gebilligt hat. Das pragmatische Vorgehen mag in der Folge die Wiederaufnahme eines regulären Linienvverkehrs erleichtern. Zudem unterhält Taiwan auch mit anderen nicht verbündeten Staaten direkte Luftverkehrsverbindungen, in denen die Souveränitätsfrage stets auf die eine oder andere Weise umgangen wurde. (Yonhap news agency, Seoul, nach BBC EF, 17.12.02; CNAT, nach BBC PF, 19.12.02; CNAT, nach BBC EF, 20.12.02; TT, 21.12.02) -hws-

#### 41 Wahlen in Kaohsiung und Taipei bestätigen Amtsinhaber

Traditionell genießen sie in Taiwan große Aufmerksamkeit, fast wie Parlamentswahlen: die Wahlen der Stadtverordneten und Bürgermeister der zwei größten Städte Taipei (Taipei) und Kaohsiung (Gaoxiang), die beide einen Sonderstatus besitzen und ihre Volksvertreter zudem gleichzeitig neu bestimmen. Traditionell gelten auch die Wahlen als wichtiger Stimmungstest zwischen den nationalen Wahlterminen. Am 8. Dezember 2002 war es wieder so weit. Bestätigt wurden im Wesentlichen die Amtsinhaber Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu) als Bürgermeister von Taipei und Frank Hsieh (Xie Changting) als Bürgermeister von Kaohsiung. Dies war erwartet worden. Auch das überkommene Muster im Wahlverhalten – Taipei als Hochburg der Nationalen Volkspartei KMT, Taiwans Süden (mit Kaohsiung) als Machtbasis der taiwanorientierten Demokratischen Fortschrittspartei DPP – bestätigte sich einmal mehr. Dennoch lassen sich aus den Wahlergebnissen einige interessante Tendenzen ablesen.

Zunächst aber die Resultate im Einzelnen.

In Taipei erzielte Amtsinhaber Ma mit 64,11% der Stimmen einen überwältigenden Erfolg, ein Zugewinn von 13 Prozentpunkten gegenüber seinem Abschneiden bei der letzten Wahl 1998. Sein Gegenüber, DPP-Kandidat Li Yingyuan, blieb mit 35,9% der Stimmen weit zurück. Wie sehr das Abschneiden mit dem persönlichen Ansehen Mas zusammenhängt, zeigt sich an der Verteilung der Stimmen für die Stadträte: Hier erzielte Mas Partei KMT nur einen Anteil von 32%; allerdings kann die KMT mit einem Vorsprung von 3,5 Prozentpunkten gegenüber der zweitplatzierten DPP die stärkste Fraktion stellen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die KMT-nahen Parteien PFP und NP keinen eigenen Bürgermeisterkandidaten aufgestellt hatten, und zur KMT die Stimmenanteile hinzuzählt, die auf PFP- und NP-Stadtverordnete entfielen, bleibt die Summe von 58,7% noch hinter dem Wert zurück, den Ma Ying-jeou erzielte – offensichtlich fand er nennenswerte Zustimmung sogar außerhalb des eignen politischen Lagers. Für ihn sprachen sein charismatisches Auftreten, seine Erfahrung und seine frische, jugendliche Anmutung, während DPP-Kandidat Li all dieses vermissen ließ.

In Kaohsiung triumphierte mit Frank Hsieh zwar ein Kandidat der Regierungspartei DPP, der Wahlausgang war jedoch sehr knapp: Hsieh erzielte einen Anteil von 50,04% der Stimmen; der KMT-Gegenkandidat, unterstützt von der PFP, kam auf 46,82%. Auch hier verdankte der Wahlsieger mehr seinem persönlichen Ansehen als seiner Partei, denn die DPP brachte es in Kaohsiung bei den Stadträten nur auf 25,03% der Stimmen und lag damit noch hinter der KMT (25,76%).

Zweifellos spiegelt sich in den Ergebnissen wider, dass große Teile der Bevölkerung mit den Leistungen von Staatspräsident Chen Shui-bian und seiner DPP-geführten Regierung unzufrieden sind. Trotz aller Konjunkturprogramme und Reformgesetze, die die Regierung in den letzten Monaten auf den Weg gebracht hat oder zumindest im Parlament durchzusetzen versuchte, wirkt die Zwischenbil-

anz der DPP-Regierung wenig überzeugend, und das Ansehen des Präsidenten hatte nur zwei Wochen vor den Wahlen ein Stimmungstief erreicht. (Vgl. C.a., 2002/11, Ü 42)

Auffallend bei den Wahlen sind jedoch noch weitere Aspekte:

Die People First Party des KMT-Abtrünnigen James Soong (Song Chuyu) hat sich zwar als dritte Kraft behauptet, die Dominanz der KMT im rechten („blauen“) Lager kann sie jedoch nicht antasten. Bei den Stadtverordneten Wahlen brachte sie es im Schnitt gerade mal auf halb so viele Stimmen wie die KMT.

Die Union für Taiwan-Solidarität (TSU), ein neues Sammelbecken von Anhängern des Expräsidenten Lee Teng-hui (Li Denghui), die heute stärker als früher die DPP für eine Unabhängigkeit Taiwans eintritt, spielt nur eine marginale Rolle. Mit 3,27% der Stimmen erreichten sie in Taipei nicht einmal einen Sitz im Stadtrat, während sie es in Kaohsiung mit 6,72% der Stimmen gerade mal auf zwei Sitze brachten. Offenbar verblasst der Stern Lee Teng-huis zusehends. Nennenswerte Unterstützung kann sich die DPP von der TSU in Zukunft nicht erhoffen. Damit ist das von der DPP beherrschte „grüne“ Lager deutlich schwächer als das „blaue“ der KMT und ihrer politischen Nachbarn.

Die Neue Partei (NP), im Süden bereits bedeutungslos, setzte ihren Niedergang im Norden fort. Sie ist wiedervereinigungsorientiert und stellte lange Jahre die dritte Kraft auf der politischen Bühne dar, ehe sie bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2001 ein Desaster erlebte. Jetzt kam sie bei den Stadtratswahlen in Taipei zwar auf 9%, vermag also regional das „blaue“ KMT-Lager durchaus noch zu stärken. Vor vier Jahren allerdings hatte sie in Taipei noch 18,6% der Stimmen auf sich vereinigt.

Das im Hinblick auf die Zukunft interessanteste Ergebnis aber ist das Abschneiden von Ma Ying-jeou. Obwohl Mitglied der KMT und politisch erfolgreich, nimmt er in seiner Partei bislang eher eine Randposition ein. Parteichef Lien Chan, ohne Ausstrahlung, blass und ein Vertreter des alten

KMT-Klüngels, wird es schwer haben, sich gegen Ma durchzusetzen, sollte dieser im Frühjahr 2004 als Präsidentschaftskandidat der KMT ins Rennen ziehen wollen. Derzeit hält er sich in dieser Frage noch dezidiert zurück. Ma ist allerdings der einzige echte Hoffnungsträger der KMT. Sollte sich das alte Partei-Establishment für seine Kandidatur erwärmen lassen und Lien Chan auch auf den Parteivorsitz verzichten, wird am Ende wohl eine andere KMT dabei herauskommen – eine Partei, die die PFP zur Bedeutungslosigkeit degradieren könnte.

Schließlich ein Wort zum Wahlkampf. Die *South China Morning Post* titelte zwar bissig: „Abgesehen von Mord und Bestechung verläuft die Wahl recht ruhig“, gestand aber auch zu, dass die 274 Unregelmäßigkeiten, die der Justiz in den beiden Städten gemeldet wurden (davon 231 Anzeigen wegen Stimmenkaufs), nur ein Drittel des Wertes ausmachten, der bei den letzten Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen vor vier Jahren registriert worden war.

Während der seit Jahren anhaltende Trend zu einer effizienteren Bekämpfung des Stimmenkaufs – einst allenfalls als Kavaliersdelikt angesehen – für einen Reifeprozess in der taiwanischen Demokratie spricht, macht sich ausgerechnet die Regierungspartei eines Rückfalls in überholte Diffamierungsformen schuldig. Noch vor vier Jahren hatte der damalige Präsident Lee Teng-hui im Schlagwort vom „neuen Taiwaner“ die Tatsache zu fassen versucht, dass der traditionelle Gegensatz zwischen „Festländern“ (den 1949 vom Festland Geflohenen und ihren Nachkommen) und den „(einheimischen) Taiwanern“ (den von Taiwan Stammenden) obsolet geworden ist. Jetzt war sich nicht einmal Präsident Chen zu schade, diesen Gegensatz wieder aufzuwärmen und auf plakative Weise im Wahlkampf gegen Ma Ying-jeou, der zufällig in Hongkong geboren wurde, ins Feld zu führen: Ihm mangle es an nationaler Identität. Die Argumente hierfür sind allerdings derart dürftig, dass der Effekt solcher Anschuldigungen eher zu einer Entsolidarisierung führt, und eine solche kann Taiwan angesichts der Bedrohung vom Festland am wenigsten gebrauchen. Die Gegenseite war

allerdings ebenso wenig zimperlich im Einsatz schweren Geschützes. So wurde Hsieh von einem KMT-Parlamentarier nur zwei Tage vorm Wahltag beschuldigt, sich 1994 im Zusammenhang mit einem gescheiterten Immobilien-großprojekt mit 4,5 Mio. NT\$ bestechen haben zu lassen. Ein Beweis dafür blieb aus. (Hong Kong AFP, nach FBIS, 7.12.02; *Taipei Journal*, vol.19, no.49 vom 13.12.02; WSJ, 3.12.02; SCMP, 4.12.02; TT, 5.12., 8.12.02)  
-hws-

---



---

## Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** ([www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa)) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** ([www.aussenwirtschaftszentrum.de](http://www.aussenwirtschaftszentrum.de)) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.